

# Die Skandale der Neuen Heimat – und der DGB schweigt dazu

Nach dem Bekanntwerden der Verschleuderung von 100 000 Sozialwohnungen durch den DGB-eigenen Konzern Neue Heimat und nach der anschließenden Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages, in der Einzelbeispiele u. a. aus Bremen und München dargestellt wurden, die den Filz, die Mißwirtschaft und die unsoziale Haltung führender DGB-Funktionäre in einem gemeinnützigen Unternehmen deutlich gemacht haben, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Flut von empörten und besorgten Anfragen erreicht, und zwar auch aus Gewerkschaftskreisen. Empörung herrscht auch darüber, daß von der DGB-Führung genaue Auskünfte offensichtlich verweigert werden. Wegen der Vorgänge um die Neue Heimat und wegen des Schweigens der DGB-Führung, bei der insbesondere der DGB-Vorsitzende Breit völlig auf Tauchstation gegangen ist, hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Dokumentation entschlossen, die sie allen Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Der Skandal innerhalb des DGB wird somit durch Fakten und Beweise belegt.

## DGB und SPD machen sozialistische Wohnungspolitik

Vom 14. bis 20. Oktober hat der DGB Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung angekündigt. Wider besseren Wissens versuchen DGB und SPD der Regierung Kohl Sozialabbau vorzuwerfen. Das Bündel erfolgreicher Maßnahmen im Kampf der Bundesregierung gegen die von der Sozialdemokratie hinterlassenen Arbeitslosigkeit wird verschwiegen und konterkariert. DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher (SPD) behauptet scheinheilig: Die Gewerkschaften könnten nicht tatenlos zusehen, wie durch eine falsche Politik gesellschaftliche Fehlentwicklungen eintreten, die an die Substanz der Demokratie gehen. (dpa vom 2. Oktober 1985)

Derweil bringt der gewerkschaftseigene Konzern Neue Heimat in frühkapitalistischer Manier sein Schäflein ins Trockene. Um dem Konkursverfahren zu entgehen, verkauft



das gemeinwirtschaftliche Unternehmen Neue Heimat, ausgestattet mit dem steuerlichen Vorteil der Gemeinnützigkeit, 55 000 Wohnungen und kündigt den Verkauf von weiteren 45 000 Wohnungen an. 100 000 Familien sind in Angst und Sorge um ihre Bleibe.

**SPD-Abgeordneter Wilhelmi, Vorsitzender der Gewerkschaft IG Druck und Papier in Bremen, hält denn auch die geplante DGB-Attacke gegen die Bundesregierung im Oktober für die Katz, weil die Neue Heimat mit Zustimmung der DGB-Spitze die Mieter mit kapitalistischen Methoden verprellt habe. (Weser Report vom 22. September 1985)**

Mißwirtschaft, Filz und persönliche Bereicherung von Verantwortlichen holen Gewerkschaften und SPD ein.

Carl-Heinz Schmurr (SPD), wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD in der Bremer Bürgerschaft: **Die Menschen sind empört, zu recht. Und wenn ich mir vergegenwärtige, daß die Sozialdemokraten bei der letzten Bürgerschaftswahl in Gebieten, in denen die Neue Heimat ihre Wohnungen verscherbelt, überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile erkämpft hat, kann ich mir denken, daß die Partei das zu spüren bekommen wird. Viele Bürger ziehen ja eine direkte Linie von der Neuen Heimat zum DGB und dann zur SPD.** (PPP vom 24. September 1985)

Die Verantwortlichen sind Genossen. Sie sitzen in den Chef-Etagen des DGB. **Die Kette Neue Heimat DGB nah an der SPD ist politisch nicht aus der Welt zu schaffen!** schrieb Konrad Kunick, Landesvorsitzender der Bremer SPD, an Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel am 19. September 1985.

Die Skandale häufen und überbieten sich:

## 1. Skandal:

Der gewerkschaftseigene Konzern Neue Heimat besteht aus dem privatwirtschaftlich geführten Teil Neue Heimat Städtebau und dem gemeinnützigen Teil Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH. Seit Jahren stecken beide in erheblichen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten. Daß die nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Neue Heimat Städtebau Verluste gemacht hat, hat folgende Ursachen:

■ Fehlspekulationen auf dem Weltmarkt, so geschehen in Monte Carlo, Paris, Venezuela und Mexiko;

■ Mißwirtschaft der Unternehmensführung;

■ schamlose Selbstbedienung der Genossen an der Unternehmensspitze, persönliche Bereicherung früherer Geschäftsführer (Albert Vietor).

**Aufgrund unzureichender Aufsicht, der mit hohen Gewerkschafts- und SPD-Funktionären besetzten Aufsichtsgremien, blieben diese Geschäftspraktiken jahrelang unaufgedeckt.**

Heute sitzen in den Leitungsgremien der Neuen Heimat Städtebau GmbH: Aufsichtsrat:

**Siegfried Bleicher (SPD)**, DGB-Vorstandsmitglied, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Neuen Heimat Städtebau;

**Günter Volkmar (SPD)**, Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Aufsichtsratsmitglied bereits zu Albert Vietors Zeiten;



**Günter Döding (SPD)**, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten, Aufsichtsratsmitglied bereits zu Albert Vietors Zeiten;

**Ilse Brusis (SPD)**, DGB-Vorstandsmitglied;

**Conrad Carl (SPD)**, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau – Steine – Erden;

**Franz Steinkühler (SPD)**, stellv. IG-Metall-Vorsitzender;

Geschäftsführung:

**Diether Hoffmann (SPD)**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Neuen Heimat, mit einem sozialen Jahresgehalt von 550 000 DM;

**Erich Frister (SPD)**, früherer Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Mitglied der Geschäftsführung bereits zu Albert Vietors Zeiten.

## 2. Skandal:

Nicht die Verantwortlichen trugen die Verluste, sondern die Gewerkschaftskasse. Mitgliedsbeiträge in Höhe von 1,5 Mrd. DM verwendete der DGB und seine Einzelgewerkschaften, um die Neue Heimat Städtebau zu sanieren. Umgerechnet auf das einfache Gewerkschaftsmitglied bedeutet dies eine Pro-Kopf-Belastung von 160 DM.

## 3. Skandal:

Obwohl die Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH insgesamt 10 Mrd. DM an Subventionen und Steuerbefreiungen erhalten hatte, ist der Konzern in Konkursnähe geraten. Dies ist folgenden Ursachen zuzuschreiben:

Erneute Fehlspekulationen. Als der Baumarkt stagnierte, saß man auf am Markt nicht verkaufbare Grundstückshalden und hielt einen Vorrat von mehreren tausend unverkauften Eigentumsobjekten.

Das gewerkschaftliche Mißmanagement hatte Renovierungen ständig hinausgezögert. Heute sind über 7000 Wohnungen der Neuen Heimat nicht mehr zu vermieten.

Wer sitzt eigentlich in den Aufsichtsräten und in der Geschäftsführung des gemeinnützigen Teils der Neuen Heimat? Wer hat den Ausverkauf von ca. insgesamt 100 000 Sozialwohnungen zu verantworten?

Aufsichtsrat:

**Ernst Breit (SPD)**, DGB-Chef, ist Vorsitzender des Aufsichtsrates des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat;

**Kurt van Haaren (SPD)**, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft;

**Franz Steinkühler (SPD)**, stellv. IG-Metall-Vorsitzender;

**Günter Volkmar (SPD)**, Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen;

**Monika Wulf-Mathies (SPD)**, Vorsitzende der ÖTV;

Vor kurzem sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden:

**Eugen Loderer (SPD)**, ehemaliger Vorsitzender der IG Metall;

**Günter Döding (SPD)**, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten;

**Heinz Oskar Vetter (SPD)**, ehem. DGB-Vorsitzender;

**Conrad Carl (SPD)**, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau – Steine – Erden;



Geschäftsführung:

**Diether Hoffmann (SPD)**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Neuen Heimat, mit einem sozialen Jahresgehalt von 550 000 DM;

**Erich Frister (SPD)**, Mitglied der Geschäftsführung und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Neuen Heimat in Bremen, früherer Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

#### 4. Skandal:

Dem kommerziellen Teil der Neuen Heimat half der DGB mit einem Milliardenbetrag und plünderte hierfür sogar die Streikkasse. Der gemeinnützige Teil, mit Wohnungen, in denen einkommensschwächere Arbeitnehmer und zu einem erheblichen Teil auch Gewerkschaftsmitglieder wohnen, erhält keine Hilfen. Dieser Skandal wird um so schlimmer, weil im gemeinnützigen Wohnungsbereich der Neuen Heimat über Jahrzehnte Ergebnisabführungsverträge bestanden haben, durch die Mieter der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft den kommerziellen Teil der Neuen Heimat gestützt haben. Mit diesen Geldern wurde dann in Monte Carlo spekuliert und in Süd- und Mittelamerika Grundstücke gekauft.

DGB-Chef Breit (SPD) wohl im Hinblick auf zukünftige Streikaktionen: **Wir können es uns als Gewerkschaften nicht erlauben, Geld zusätzlich in gemeinwirtschaftliche Unternehmen zu stecken:** (Handelsblatt vom 30. September 1985)

#### 5. Skandal:

Um die Milliardenverluste der gemeinnützigen Neuen Heimat abzudecken, werden nun insgesamt 100 000 Sozialwohnungen verkauft. Dies geschieht in Form eines Dreiecksgeschäftes. So verkaufte die gewerkschaftseigene Neue Heimat an die ebenfalls gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Immobilien Frankfurt (BGI) 22 000 Wohnungen, um die Gemeinnützigkeit zu umgehen. Auf diese Weise tun sich für den DGB folgende Vorteile auf:

- Viele Sozialwohnungen fallen aus der Mietbindung heraus. Mieterhöhungen von bis zu 2 DM pro m<sup>2</sup> sind zu erzielen.
- Wohnungen können geparkt werden, um sie bei besserer Marktlage auf dem freien Wohnungsmarkt abzustößen.
- Der Kündigungsschutz wird gegenüber dem Status als Sozialmieter schlechter. Ein Kapitalanleger kann dann unter Umständen Eigenbedarf geltend machen, die Kündigung aussprechen und die so verunsicherten Mieter zum vorzeitigen Auszug bewegen.
- Die gewerkschaftseigene BGI ist nicht gemeinnützig und kann nun erwirtschaftete Verluste abschreiben. Die Methoden, die man vorher bei den Bauherrenmodellen verteuftelt hatte, werden nun kopiert. Geschickt sozialisiert der DGB Verluste, die durch gewerkschaftliche Mißwirtschaft entstanden sind.

#### 6. Skandal:

Hatte die Neue Heimat den Mietern z. B. in Bremen die Wohnungen zum Quadratmeterpreis von 1 500 DM angeboten und auch z. T. verkauft, so erwarb die BGI-Frankfurt nun die gleichen Wohnungen zum halben Preis von 700 bis 750 DM pro m<sup>2</sup>.



DGB-Chef Breit (SPD) zu diesem Vorgehen: **Im Großen sei es immer billiger, und außerdem müsse man das Risiko mit einkalkulieren, daß die BGI eingehe, bei der die Wohnungen nur geparkt würden, um einen Zusammenbruch des Marktes zu verhindern.** (Handelsblatt vom 30. September 1985)

## 7. Skandal:

Grundsätzlich unterliegen Sozialwohnungen nach dem Verkauf noch acht Jahre der Sozialbindung. Ist jedoch nur noch ein geringer öffentlicher Förderungsbetrag übriggeblieben (Unterschreitung der Bagatellgrenze), so sind die Wohnungen nach Rückzahlung dieser Förderungsmittel sofort für den freien Markt verfügbar. Insbesondere muß der Mieter in diesem Fall mit Mieterhöhungen rechnen. Da es sich in den meisten Fällen um ältere Wohnungen (50er Jahre), die kaum noch mit öffentlichen Förderungsmitteln ausgestattet sind, handelt, wird dann eine sukzessive Anpassung an die Marktmiete vorgenommen.

Allein in Bremen wurden 8 000 Wohnungen an die BGI-Frankfurt verkauft. Davon liegen 3 000 Wohnungen unter der Bagatellgrenze. Bei derzeitigen Mieten von 4,80 DM bis 5,20 DM muß bei einer Anpassung der Mieten an den Markt mit Mieterhöhungen von 1,50 DM bis 2,00 DM pro m<sup>2</sup> (Aussage des Bremer Bausenators Meyer (SPD) gerechnet werden. Bei einer vierköpfigen Familie erhöht sich die Miete um 150 DM bis 180 DM pro Monat.

In Bochum-Langendreer haben die Umwandlungsoffer folgendes erlebt:

70 Wohnungen an der Haupt-, Rampen- und Imigstraße wurden von der Neuen Heimat NRW in diesem Frühsommer an die Firma M + W Immobilien verkauft. Am Pfingstamstag flatterte den Mietern ein Schreiben der Neuen Heimat ins Haus, schon drei Tage später wurde ein Kaufangebot von 1 200 DM pro m<sup>2</sup> unterbreitet, für die mittelgroßen Wohnungen immerhin Summen zwischen 60 000 und 72 000 DM. Zwei Monate hatten die Mieter Zeit, sich zu entscheiden. Tatsächliche oder scheinbare Kaufinteressenten tauchen inzwischen häufiger in den Siedlungshäusern auf und wollen die Wohnungen taxieren. Angst, Rückzug, Sorgen um die Zukunft: diese Stimmung ist nun vorherrschend unter den Mietern. (Die Tageszeitung vom 26. September 1985)

**Verkauft werden nicht Gummibärchen, Maschinen oder unbebaute Grundstücke, sondern staatlich hochsubventionierte Sozialwohnungen, die für die darin Lebenden Mittelpunkt ihres Alltages sind.** (Frankfurter Rundschau vom 2. Oktober 1985)

Diether Hoffmann (SPD) betrifft dies nicht: **Wir müssen es in Kauf nehmen, daß die Mieter Angst haben. Ich habe die Aufgabe, den Konzern wieder auf Kurs zu bringen.** (Die Welt vom 2. Oktober 1985)

Mit welchem Ernst die SPD die Sorgen und Nöte der Betroffenen angeht, machte Mieterbundpräsident Gerhard Jahn (SPD), MdB, am 25. September 1985 im Deutschen Bundestag deutlich. In der Aktuellen Stunde „Ausverkauf von Sozialmietwohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen“ glänzte er durch Abwesenheit.

## 8. Skandal:

Der DGB saniert die Finanzen der Neuen Heimat nicht nur auf dem Rücken der Mieter, sondern auch auf Kosten der Umwelt. In den 60er Jahren hatten führende SPD-Politiker der Neuen Heimat Weideland im Bremer Feuchtbio-top Hollerland



aufgekauft. Durch Änderung des Flächennutzungsplanes wurde ein Areal von fast 400 Hektar Land Gewerbegebiet. Gegenresolutionen von 40 Verbänden und 25 000 Einzelpersonen verhallten ungehört. Nach Ansicht des betroffenen SPD-Ortsvereins Horn-Achterdiek muß nun das Hollerland wegen der katastrophalen Finanzlage der Neuen Heimat sterben. Deshalb wird jetzt die Erschließung durchgepeitscht, werden die Einwände der Einwohner im Eilverfahren abgelehnt.

Im Hintergrund steht das gewerkschaftseigene Lebensmittelunternehmen co op, das in einer Zeitungsanzeige bereits veröffentlichte, im Falle der Nichtbebauung des Hollerlandes sein neues Zentrallager nach Vechta zu verlegen. Der Bremer Bausenator Bernd Meyer (SPD) steht offenbar, wovon die SPD-Basis ausgeht, unter dem Druck des ansiedlungswilligen Gewerkschaftskonzerns co op. (vgl. Frankfurter Rundschau vom 30. September 1985)

## Die Praktiken in Bremen:

In der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages vom 25. September führte hierzu MdB Reinhard Metz (CDU/CSU) u. a. aus:

Am 17. September 1985 hat die Neue Heimat Bremen an eine BG-Immobilien-gesellschaft GmbH in Frankfurt am Main 8 082 Wohneinheiten verkauft. In dem schon erwähnten Brief der Bremer SPD-Führung heißt es dazu: Es handelt sich allesamt um intakte Wohngebiete des sozialen Wohnungsbaus und um sozialdemokratische Hochburgen. Diese Wohnungen sind nach Schätzungen des Bremer Bausenators Meyer zu einem Quadratmeterpreis von 700 bis 750 DM verkauft worden. Was die Menschen in Bremen auch ärgert, ist die Tatsache, daß solche Wohnungen ihren Mietern in Bremen bisher von der Neuen Heimat zum doppelten Quadratmeterpreis, nämlich zu 1 500 DM angeboten und auch verkauft wurden.

Der Neuerwerber ist kein Sozialmieter. Wer ist es? Die BG-Immobilien-gesellschaft Frankfurt hat am 31. Januar 1985 unter Nummer 25066 im Handelsregister das Licht der Welt erblickt. Sie brachte dabei das stolze Kapital von 100 000 DM mit. Mit diesen 100 000 DM ausgestattet, kauft sie in diesen Tagen bundesweit für eine Milliarde DM Wohnungen von der Neuen Heimat, darunter die genannten bremischen Wohnungen, die eine Fläche von 491 699 Quadratmeter ausmachen und rund 350 Millionen Mark erbracht haben. Diesen 350 Millionen DM stehen Mieteinnahmen aus den Wohnungen über den gesamten Bewirtschaftungszeitraum von rund 250 Millionen DM gegenüber. Das heißt, der Erwerber muß mittelfristig 100 Millionen DM finanzieren.

Wer ist das nun, der mit 100 000 DM diese stolze Leistung vollbringt? Diese BGI Frankfurt ist eine hundertprozentige Tochter der VHU Vermögensholding- und Unternehmensbeteiligung GmbH Frankfurt. Das, meine Damen und Herren, ist die Gesellschaft, die bis zum Februar dieses Jahres VOFÜ Verwaltungsgesellschaft hieß. VOFÜ steht für Volksfürsorge; aber zur Zeit wechselt man gern die Namen. Die Neue Heimat Städtebau GmbH hat ihren wohlklingenden Namen neuerdings ja auch verloren. Sie heißt ja heute Gesellschaft für Städtebau und Planung.

Aber zurück zu unserer kleinen Gesellschaft: BGI gleich hundertprozentige Tochter der VHU, diese wiederum eine hundertprozentige Tochter der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG Frankfurt. Diese Beteiligungsgesellschaft ist nun sowohl die 98%ige Mutter der Neuen Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungs-



gesellschaft mbH in Hamburg als auch die hundertprozentige Tochter des Deutschen Gewerkschaftsbundes plus Einzelgewerkschaften.

**Etwas einfacher ausgedrückt: Hier kauft ein nichtgemeinnütziger Urenkel des DGB von der Tochter seiner Großmutter für eine Milliarde DM Wohnungen.**

Weil er ja im Bremer Fall 100 Millionen DM finanzieren muß, muß er diese preiswert erstandenen Wohnungen teuer weiterverkaufen. Aus diesem Bremer Paket fallen sofort 3 000 Wohnungen aus der Bindung, weil eine Bagatellgrenze unterschritten ist. Diese Wohnungen, in denen in Bremen seit vielen Jahren Frauen und Männer aus der Kriegs- und Aufbaugeneration wohnen, werden jetzt genau wie frei finanzierte Wohnungen behandelt.

Der Aufsichtsrat mußte das genehmigen. Wer ist das im Bremer Fall?

Das ist als Vorsitzender Erich Frister, früher GEW-Vorsitzender, heute Neue-Heimat-Geschäftsführer,

das ist Werner Lenz, heute SPD-Wirtschaftssenator, früher NH-Manager, das ist Erwin Schmidt, früher DGB-Kreisvorsitzender Bremen, ehemaliger

Vizepräsident der bremischen Bürgerschaft, SPD,

das ist Richard Skribelka, Kreisvorsitzender des DGB Bremerhaven und SPD-Stadtverordneter,

das ist Karl-Heinz Jantzen, ehemaliger SPD-Senator,

das ist Günther Lemke, ÖTV-Bezirksvorsitzender Weser-Ems.

Meine Damen und Herren, Filz, soweit das Auge reicht.

## Die Praktiken in München:

Hierzu führte in der Aktuellen Stunde vom 25. September 1985 Dr. Kurt Falthäuser (CDU/CSU) u. a. aus:

Der erste Teil der Geschichte handelt in München von einem ursprünglich geplanten Geschäft. Da ist die Neue Heimat Bayern, der es eigentlich gutgeht, die überhaupt nicht verkaufen müßte; aber die Mißwirtschaft, vom Hamburger Schreibtisch aus verursacht, zwingt dazu, etwas zu tun. Vom gleichen Hamburger Schreibtisch aus wird deshalb verlangt: die bayerische Neue Heimat muß einen Solidaritätsbeitrag erbringen! Der Plan sah vor, 3 000 bayerische Wohnungen an die BG-Immobilien-gesellschaft zu veräußern, wie es hier schon so schön beschrieben worden ist. Die BGI sollte möglichst billig kaufen, damit sie beim Wiederverkauf einen möglichst hohen Ertrag erwirtschaften könnte. Herr Werner von den GRÜNEN: Was meinen Sie, wie die marktwirtschaftlich handeln wollten! So, daß es nur so staubt! Die wollten einen ordentlichen Ertrag da herausholen!

Diese abenteuerliche Zwischenschaltung der Briefkastengesellschaft BGI sollte es ermöglichen, die Erträge aus der Tochtergesellschaft zur Muttergesellschaft zu transferieren. Das geht nämlich heute nicht; das ist der eigentliche Hintergrund.

Ich meine, daß hier ein Umgehungstatbestand vorliegt, der in Frankfurt, wo er schon passiert ist, rechtsaufsichtlich begutachtet werden sollte. Mehr noch, es ist anzunehmen, daß in München der gleiche Vertrag vorgesehen war, wie er in Frankfurt abgeschlossen wurde, nämlich ein Vertrag, in dem der BGI großzügigste Teilzahlungsmöglichkeiten eingeräumt werden mit dem Ergebnis, daß die Briefkastentochter sofort beste Bilanzen ausweisen kann. Man stelle sich einmal vor,



eine Briefkastenfirma mit 100 000 DM Eigenkapital bewerkstelligt den größten Immobiliendeal der Nachkriegsgeschichte!

Der zweite Teil der Geschichte in München: Da kommt der Gegenwind, zunächst von den betroffenen Mietern. Die schreiben am 11. August dem Herrn Hoffmann in Hamburg unter anderem: In unseren Wohnungen wohnen Betriebsräte, Vertrauensfrauen und -männer, die in den Betrieben die Politik der Gewerkschaft umsetzen sollen. Wie das in Zukunft geschehen soll, wenn Du uns aus dem Grundrecht zum Wohnen nimmst, ist ein Rätsel. Wir haben in der Gewerkschaft das Kämpfen gelernt. Leider müssen wir unseren reichen Erfahrungsschatz gegen unsere Gegner im Großkapital nun gegen unsere eigenen Leute einsetzen.

Dies beunruhigte den bayerischen DGB-Vorsitzenden, der zufälligerweise stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender in der bayerischen Neuen Heimat ist, und der lief zum Münchener Stadtoberhaupt Kronawitter. Bei dem stieß er gleich, ich fahre in der Geschichte fort, auf offene Ohren. Verständlich, denn der hatte bei seinem erfolgreichen Wahlkampf in München auf den Plakaten geschrieben: 400 000 Mieter sind uns lieber als ein paar Spekulanten! (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) Wie peinlich wäre es gewesen, wenn die größten Spekulanten nun seine eigenen Freunde und Kollegen von der Gewerkschaft und von der Neuen Heimat gewesen wären! Also wurde ein neues Geschäft vereinbart: das Geschäft mit den Steuergeldern. Und dies ist der dritte Teil der Geschichte: die Geschichte eines Sanierungsgeschenkes.

Da kamen am 6. September die Freunde Dr. Hoffmann und Kronawitter im Rathaus zusammen und vereinbarten, daß 2 093 Wohnungen für einen Gesamtpreis von 165 Millionen DM verkauft werden.

**Seltsamkeit Nummer eins:** Diese 2 000 Wohnungen kosten nun insgesamt mehr als vorher die 3 000 Wohnungen, die der BGI angeboten wurden.

**Zweite Merkwürdigkeit,** das wurde schon genannt : 15 Millionen DM Entschädigungssumme an die BGI. Also derjenige, der vor Schaden bewahren will, zahlt an denjenigen, der vor Schaden bewahrt werden soll, noch eine Entschädigung. Ich verstehe das nicht. Verstehen soll das, wer kann.

**Dritte Merkwürdigkeit:** 9 Millionen DM an Vermittlungsprovision – wieso eigentlich Vermittlung? – gehen an die Neue Heimat. Insgesamt also 24 Millionen DM an Steuergeldern als Sanierungsgeschenk! Und das unter der Federführung eines Oberbürgermeisters, der seinen Wahlkampf mit unbewiesenen, dubiosen Behauptungen wegen eines Baulandgeschenkes geführt hat. Auch hier: Filz, soweit man sieht. Um so peinlicher ist es, daß das von den gleichen Leuten, Herr Vogel, kommt, die ununterbrochen politisch davon leben, andere, ordentliche Unternehmer als Spekulanten und Profiteure zu diffamieren.